

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 26. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. November 2006, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein	5
Fragen der Abgeordneten des SSW Umdruck 16/1311	
Vorlage des Wissenschaftsministeriums Umdruck 16/1399	
2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/863	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/864	
c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/865	
(überwiesen am 29. Juni 2006 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)	
Stellungnahmen Umdrucke	16/1167, 16/1194, 16/1199, 16/1200, 16/1291, 16/1204, 16/1224, 16/1225, 16/1226, 16/1247, 16/1315, 16/1351
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Umdruck 16/1363	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/1395	

-
- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 3. | Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Baltic Sea International Campus in Eckernförde | 8 |
| | Fragen der FDP-Fraktion
Umdruck 16/1283 | |
| | Vorlage des Wissenschaftsministerium
Umdruck 16/1366 | |
| 4. | Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 315. Kultusministerkonferenz am 19./20. Oktober 2006 in Berlin | 9 |
| 5. | Stellungnahme zu den Vorlagen der EU-Kommission zur | 10 |
| | a) Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen | |
| | b) Effizienz und Gerechtigkeit in den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung | |
| | hierzu: Umdrucke 16/1308, 16/1330, 16/1333, 16/1389 | |
| 6. | Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Schleswig-Holstein | 11 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1000 | |
| | Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1029 | |
| | Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1031 | |
| | Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1037 | |
| | hier: Einbringung eines weiteren Änderungsantrages der Fraktionen von CDU und SPD zu den Themen Gemeinschaftsschule und Regionalschule
Umdruck 16/1394 | |
| 7. | Einführung des Zentralabiturs/besondere Voraussetzungen im Bereich der Abendgymnasien | 12 |
| | Schreiben der FDP-Fraktion
Umdruck 16/1352 | |
| 8. | Verschiedenes | 13 |

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

Fragen der Abgeordneten des SSW
Umdruck 16/1311

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 16/1399

M Austermann führt in die Vorlage des Wissenschaftsministeriums Umdruck 16/1399 ein. Er stellt klar, dass man angesichts des Ausmaßes des Defizits und Investitionsstaus des UK S-H um deutliche Einschnitte nicht herumkomme und er für die Einbeziehung eines Privaten vortiere; die Höhe der Beteiligung sei noch nicht klar. Auf Fragen aus dem Ausschuss sagt er zu, die vom Ausschuss in der letzten Sitzung erbetenen Zahlen als vertrauliche Unterlage zur Verfügung zu stellen. Der auf der Basis vom UK S-H übermittelter Zahlen berechnete Investitionsstau in Höhe von rund 500 Millionen € könne nur mithilfe eines Privaten abgebaut werden. Man erwarte, dass der neue Vorstand/die neue Geschäftsführung ein Sanierungskonzept vorlege. Die Entscheidungsstrukturen hingen von der künftigen Konstruktion und dem Grad der Beteiligung Privater ab. Die Führungsstrukturen des Rhönklinikums seien für ihn plausibel.

St de Jager macht darauf aufmerksam, dass das UK S-H durch die Einbeziehung eines Privaten kapitalmarktfähig und damit kreditfähig werde. Nachdem das Kabinett am 5. Dezember 2006 eine Grundsatzentscheidung getroffen haben werde, würden im Jahr 2007 das Vergabeverfahren und die erforderlichen gesetzlichen Änderungen auf den Weg gebracht.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/863

b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/864

c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/865

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Stellungnahmen Umdrucke 16/1167, 16/1194, 16/1199, 16/1200,
16/1291, 16/1204, 16/1224, 16/1225,
16/1226, 16/1247, 16/1315, 16/1351

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/1363

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1395

Abg. Weber bringt den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/1363 ein. Eine gesetzliche Verankerung der Gewährträgerhaftung - wie sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere - habe man bei der Errichtung der Stiftung Leibniz-Institut für Meereswissenschaften nicht vorgenommen und halte man für verzichtbar.

Abg. Herbst bemerkt, dass das von den Koalitionsfraktionen auf Wunsch der Betroffenen in § 14 aufgenommene Rückkehrrecht der Beschäftigten in den Landesdienst theoretischer Natur sei, wenn die Stiftungen weiter so erfolgreich arbeiteten wie bisher.

Abg. Dr. Klug macht darauf aufmerksam, dass der Gesetzgeber im Gesetz zur Errichtung der Stiftung Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen Schloss Gottorf die Gewährträgerhaftung explizit gesetzlich geregelt habe.

Abg. Birk begrüßt die von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Änderungen - bis auf Nummer 3, mit der die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten beschnitten würden - und wirbt für die Annahme ihres Antrages, Umdruck 16/1395, die Gewährträgerhaftung in die Stiftungsgesetze aufzunehmen.

Abg. Spoorendonk begrüßt die Änderungsanträge von CDU und SPD uneingeschränkt.

St de Jager hält den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das Land Schleswig-Holstein für Verbindlichkeiten der Stiftung als Gewährträgerin unbeschränkt hafte, vor dem Hintergrund der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung von Forschungseinrichtungen nach der Rahmenvereinbarung gemäß § 91 b Grundgesetz für problematisch. Der Beitritt der jeweiligen Stiftung zu einem Arbeitgeberverband nach § 14 Abs. 3 beinhalte den Verbleib in den Tarifzusammenhängen. Die Frist von 15 Monaten in § 16 Abs. 5 sei aus dem Mitbestimmungsgesetz abgeleitet. Während die von den Koalitionsfraktionen beantragte Ergänzung in § 11, wonach die Stiftung Haushaltsmittel flexibel über Haushaltsjahre übertragen könne, aus Sicht des Fachministeriums zu begrüßen sei, sei die Aufnahme eines Rückkehrrechts der Beschäftigten in § 14 problematisch. Ein Rückkehrrecht sei bei der Errichtung der Stiftung Leibniz-Institut für Meereswissenschaften nicht vorgesehen und insbesondere im Fall einer Überführung der Stiftung in eine andere Trägerschaft ausgesprochen unüblich.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/1395, wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt. Der Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/1363, wird einstimmig angenommen. Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, die Gesetzentwürfe der Landesregierung mit den in Umdruck 16/1363 beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Baltic Sea International Campus in Eckernförde

Fragen der FDP-Fraktion
Umdruck 16/1283

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/1366

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet St de Jager, die chinesischen Investoren aus Shanghai und Peking würden durch Prof. Dr. Jochimsen, ehemaliger Rektor der Fachhochschule Kiel, vertreten. Die Liegenschaft in Eckernförde werde von der Fachhochschule Kiel auf die Universität Flensburg übertragen. Investitionen für die nachfolgende Nutzung müssten von den Investoren oder der Universität Flensburg vorgenommen werden. Das Land werde sich weder an der Gesellschaft noch an der Durchführung der Studiengänge finanziell beteiligen, sondern stelle lediglich die Liegenschaft, für deren Unterhaltung das Land auf jeden Fall aufkommen müsse, für eine Hochschulnutzung zur Verfügung. Im Dezember solle eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium, den Investoren und der Universität Flensburg unterschrieben werden, in der festgeschrieben werde, dass die Universität Flensburg für die Inhalte der Weiterbildungs- und Masterstudiengänge und die zu gründende Gesellschaft für die Durchführung der Studiengänge verantwortlich sei. Neben der Universität Flensburg hätten inzwischen weitere Hochschulen Interesse bekundet. Eine Einbeziehung des Wissenschaftsrates sei nicht erforderlich. Die Kooperationsvereinbarung werde man dem Bildungs- und Finanzausschuss zuleiten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage des Wissenschaftsministeriums, Umdruck 16/1366, zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der 315. Kultusministerkonferenz am 19./20. Oktober 2006 in Berlin

M Erdsiek-Rave berichtet über die wesentlichen Ergebnisse der letzten Kultusministerkonferenz. Es sei zu begrüßen, dass die Lehrerverbände die Notwendigkeit der Durchführung von Evaluationen im Bildungswesen anerkannt hätten. Zum 1. Januar 2007 träten die Bund-Länder-Vereinbarungen für die neuen Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 b Grundgesetz, Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und Forschungsförderung, in Kraft. Zur Schülerstatistik habe die KMK im Lichte des Spannungsfeldes zwischen Bildungspolitik und Datenschutz eine ausführliche Beratung durchgeführt, jedoch noch keine Festlegungen getroffen. Das neue Schulgesetz enthalte einen eigenen Abschnitt „Datenschutz im Schulwesen“. Neue gemeinsame Modellversuche auf dem Bildungsbereich - damit greift sie eine Frage von Abg. Dr. Klug auf - seien zwar wünschenswert, werde es nach ihrer Einschätzung aber kaum geben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Vorlagen der EU-Kommission zur

a) Einrichtung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen

b) Effizienz und Gerechtigkeit in den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung

hierzu: Umdrucke 16/1308, 16/1330, 16/1333, 16/1389

LMR Dr. Waack erläutert das Verfahren.

Der Bildungsausschuss kritisiert, dass angesichts des zeitlichen Drucks eine angemessene Beratung über die Inhalte der nicht unbedeutenden Empfehlungen der EU-Kommission nicht möglich sei. Die Vorsitzende erwartet im Namen des Ausschusses, dass bedeutsame Vorlagen dem Fachausschuss in Zukunft frühzeitiger übermittelt würden. Sie fühle sich zudem auch deshalb überfahren, weil im Bundesrat bereits am 3. November 2006 eine Empfehlung abgegeben worden sei.

Weil die Frist zur Stellungnahme von sechs Wochen äußerst knapp bemessen sei, sieht die Vorsitzende des Europaausschusses, Abg. Höfs, nur die Möglichkeit, dass sich die Fachausschüsse im Rahmen ihres Selbstbefassungsrechts möglichst frühzeitig mit wichtigen Themen, die auf der Agenda der EU stünden, von sich aus befassen.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug sagt M Erdsiek-Rave zu, den Bildungsausschuss über die Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens für den Bildungsbereich zu informieren.

Bei Enthaltung von Abg. Birk stimmt der Bildungsausschuss dem Vorschlag für den Entwurf der Subsidiaritätsanalyse-Formulare, Umdruck 16/1389, zu. Der Ausschuss hält allerdings die vom Ausschuss der Regionen gesetzte Frist von sechs Wochen für zu kurz.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Schulwesens in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1000

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1029

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1031

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1037

(überwiesen am 11. Oktober 2006)

hier: Einbringung eines weiteren Änderungsantrages der Fraktionen von CDU und SPD zu den Themen Gemeinschaftsschule und Regionalschule
Umdruck 16/1394

Zur Änderung des Schulgesetzes bringen die Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag zu den Themen Gemeinschaftsschule und Regionalschule ein, Umdruck 16/1394, der ebenfalls Gegenstand der Anhörung am 7./8. Dezember 2006 sein soll.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Einführung des Zentralabiturs/besondere Voraussetzungen im Bereich der Abendgymnasien

Schreiben der FDP-Fraktion
Umdruck 16/1352

M Erdsiek-Rave lehnt eine Ausnahme der Abendgymnasien vom Zentralabitur wegen der Gleichwertigkeit des Abiturs ab. Auf eine Nachfrage von Abg. Dr. Klug bekräftigt sie, es sei nicht gerechtfertigt, Abschlüsse unterschiedlicher Qualität zu vergeben. Die gymnasiale Oberstufe dauere im Übrigen an jedem Schultyp drei Jahre.

Abg. Birk legt Wert darauf, dass durch das Zentralabitur keine neuen Hürden für die Erwachsenenbildung aufgebaut würden, insbesondere nicht für Migrantinnen und Migranten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf eine Frage der Vorsitzenden zur **Sprachheilgrundschule** in **Preetz** trägt M Erdsiek-Rave vor, die Zahl der Kinder in Sprachheilgrundschulen oder -klassen sei seit etlichen Jahren rückläufig, weil präventive und integrative Maßnahmen im Förderschwerpunkt Sprache zunehmend griffen. Seit zehn Jahren würden in Schleswig-Holstein Kinder mit Sprachstörungen im engeren Sinne von Sonderschullehrkräften der Förderzentren bereits vor der Einschulung in den Kindertageseinrichtungen gefördert. Alle bisherigen Untersuchungen bestätigten die Notwendigkeit einer frühen sprachlichen Förderung. Dementsprechend sei die Zahl der Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten bei der Einschulung stetig zurückgegangen. Die verbleibenden Kinder mit Förderbedarf im Förderschwerpunkt Sprache würden integrativ in ihrer jeweiligen Grundschule unterrichtet. Gerade im Förderschwerpunkt Sprache sei die integrative Beschulung durch das sprachliche Vorbild der Kinder ohne Förderbedarf besonders wichtig.

Die dargestellte Situation habe schon in der Vergangenheit zu Standortschließungen beziehungsweise Umstrukturierungen von Sprachheilgrundschulen geführt; dieser Trend werde sich weiter verstärken. Das werde nicht zu einer Qualitätseinbuße bei der sprachlichen Förderung führen, im Gegenteil werde der landesweite Ausbau der präventiven und integrativen Bemühungen ausdrücklich unterstützt.

In Schleswig-Holstein gebe es Sprachheilgrundschulen mit eigenen Schülerinnen und Schülern lediglich noch in Preetz, Lübeck und Bad Schwartau. Die Schule am Postsee in Preetz besuchten derzeit noch 12 Kinder. Es sei beabsichtigt, diese Schule zum kommenden Schuljahr mit dem Förderzentrum in Preetz organisatorisch zu verbinden. Die Sprachheilgrundschule in Bad Schwartau habe derzeit 60 Kinder. Vor Ort gebe es erste Gespräche, die eine Anbindung dieser Einrichtung an das unmittelbar angrenzende Förderzentrum zum Ziel hätten. An der Anton-Schilling-Schule in Lübeck würden derzeit über 100 Kinder beschult. Aufgrund der Baufähigkeit des Schulgebäudes habe der Schulträger gemeinsam mit dem Schulamt den Vorschlag unterbreitet, diese Einrichtung räumlich einer Grundschule anzugliedern. Über konzeptionelle Bedingungen werde gegenwärtig beraten; es sei denkbar, dass die Sprachheilgrundschule in ein Förderzentrum Lernen und Sprache umorganisiert werde.

Abg. Dr. Klug vertritt die Auffassung, dass integrative Maßnahmen allein nicht ausreichen, sondern es bestimmte Fördereinrichtungen geben müsse.

Abg. Dr. Höppner weist darauf hin, dass ein langfristiges Konzept des Kreistages Plön vorliege, wonach die Schule am Postsee bei sinkenden Schülerzahlen integriert werde.

Herr Stargardt wendet sich dagegen, Sprachheilklassen durch die Hintertür einzuführen. Über das in Dithmarschen initiierte teilstationäre Angebot „lautstark“ werde das Ministerium den Bildungsausschuss unterrichten.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer